

Frauen machen Druck

für Chancengleichheit

Die Bundesregierung will das Rentenalter für Frauen heraufsetzen.

Betroffen sind alle Frauen, die ab 1.1.1937 geboren sind: Frauen müssen entweder bis zu ihrem 65. Lebensjahr arbeiten, oder ihre Renten werden gekürzt. Wenn eine Frau vorzeitig in Rente gehen will, muß sie 3,6 Prozent Rentenabschläge pro Jahr hinnehmen.

Frauen ab Jahrgang 1942 bekommen – wenn sie mit 60 in Rente gehen wollen – 18 Prozent weniger Rente. Ein Rentnerinnenleben lang. Das wird sich kaum eine Frau leisten können. Den meisten wird nichts anderes übrig bleiben, als länger zu arbeiten.

Das ist Vertrauensbruch!

Die Bundesregierung will den Kündigungsschutz aufweichen.

In Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten soll der Kündigungsschutz abgeschafft werden. Bisher liegt diese Grenze bei Betrieben mit 5 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Bei Teilzeit werden künftig nicht die Personen, sondern die Arbeitsstunden gezählt. In Kleinbetrieben sind überwiegend Frauen beschäftigt. Sie können dann noch leichter geheuert und gefeuert werden.

Das ist Kapitalismus pur!

Die Bundesregierung trifft mit der Kürzung der Lohnfortzahlung und des Krankengeldes vor allem Frauen.

20 Prozent weniger Lohn bei Krankheit. Das trifft Frauen besonders hart. Denn:

Frauen verdienen immer noch bis zu 35 Prozent weniger als Männer. Zudem sind 93 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen, weil sie nur so Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.

10 Prozent weniger Krankengeld sollen auch diejenigen bekommen, die sich wegen der Erkrankung ihres Kindes von der Arbeit freistellen lassen müssen. Und das machen meistens die Mütter. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielt für die Bundesregierung offensichtlich nur in Sonntagsreden eine Rolle.

Das ist kinder- und frauenfeindlich.

Die Bundesregierung will den Einarbeitungszuschuß für Frauen streichen.

Im Arbeitsförderungsgesetz soll der Rechtsanspruch auf Einarbeitungszuschüsse für Frauen, die nach Zeiten der Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen ins Erwerbsleben zurückkehren, entfallen.

Das ist familienfeindlich!

Die Bundesregierung will das Kindergeld 1997 nicht erhöhen.

Die Bundesregierung hält ihre Zusagen an Millionen Familien nicht ein. Das trifft v. a. alleinerziehende Mütter.

Das ist Vertrauensbruch!

Die Bundesregierung weigert sich, sozial ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse gesetzlich abzuschaffen.

Millionen Frauen arbeiten heute auf diese Weise. Damit gehen den Sozialversicherungen Milliardenbeträge verloren. Mit dieser Politik leistet die Bundesregierung der Altersarmut von Frauen Vorschub. Sie schützt lieber die Interessen der Arbeitgeber, die Sozialbeiträge sparen wollen, als die Interessen der Frauen.

Das ist sozialer Mißbrauch!

Uns reicht's!

Frauen sind keine politische Verfügungsmasse für unfähige Politiker und Politikerinnen:

- weder in der Rentenversicherung
- noch auf dem Arbeitsmarkt
- noch in der Gesellschaft

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Jetzt
contra



Mehr Druck
von unten

DGB

